

Pressemitteilung

**Deutscher
Gewerkschaftsbund
Bezirk
Berlin-Brandenburg**

Abteilung Presse

Kein Grund für Lohnzurückhaltung: DGB fordert höhere Einkommen auch im öffentlichen Dienst

Da der Staat als Reparaturbetrieb wiederentdeckt werde und öffentliche Daseinsvorsorge erneut einen höheren Stellenwert erhalte, müssen auch die Beschäftigten fair bezahlt werden. Doro Zinke, stellv. Vorsitzende des DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg unterstrich anlässlich des Aktionstages zur Tarifrunde im öffentlichen Dienst in **Potsdam**, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei den Löhnen und Gehältern seit Jahren hinterher hinkten. Die Löhne lägen wieder auf dem Niveau der 90er Jahre. Kein Wunder, dass die Binnenkonjunktur so langsam in Fahrt komme. Lohnzurückhaltung habe Deutschland zum Exportweltmeister gemacht, aber die Binnenwirtschaft geschwächt. In Europa verzeichne Deutschland die geringsten Lohnzuwächse.

Der DGB fordert im Übrigen die **Brandenburger Landesregierung** auf, das in der laufenden Tarifrunde erzielte Ergebnis der Tarifverhandlungen zeit- und inhaltsgleich auch auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen, um nicht gleich wieder neue Gräben in der Belegschaft entstehen zu lassen.

Die Gewerkschaften müssten in jeder Tarifrunde klar machen, Lohn-erhöhungen stärkten auch die Konjunktur und füllten die Staatskasse: Allein 1 Prozent Lohnzuwachs erhöhe zugleich die Kaufkraft der Arbeitnehmer bundesweit um 3, 5 Milliarden Euro.

Das Klischee vom unproduktiven öffentlichen Dienst sitze tief in den Köpfen, aber es sei eben ein klassisches Vorurteil. Die Beschäftigten in Kitas, bei der Wirtschaftsförderung, der Müllentsorgung, Einwohnermeldeämtern oder der Polizei schufen Werte, erbrächten nützliche Dienstleistungen für alle Bürger. Sie beeinflussten so die sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eines Gemeinwesens, und zwar positiv. Diese Leistungen dürften nicht gering geschätzt und müssten entsprechend honoriert werden. Wer hier als öffentlicher Arbeitgeber Verzicht predige, während er den Banken Milliarden in den Rachen werfe, liefere ein absurdes Stück Verteilungspolitik ab, so die DGB-Vize.

PM 09/08
12.02.09

G:\Öffentlichkeitsarbeit\Medien-
neu\2009\ÖD-Proteste-Potsdam.doc

E-Mail:
Dieter.Pienkny@dgb.de

Internet:
www.Berlin-Brandenburg.DGB.de



Verantwortlicher
Redakteur:
Dieter Pienkny

Keithstr. 1 - 3
10787 Berlin

Telefon 030 - 21240-111
Telefax 030 - 21240-114